

Politischer Bericht No. 72/20.

Berlin, den 30. November 1920.

Herr Bundespräsident,

Letzter Tage war ich als einziger Nichtdeutscher zu einem Essen geladen, welches der Herr Reichskanzler den Mitgliedern des Kabinetts, dem Bureau des Reichstages und den Führern der bürgerlichen Parteien geboten hat. Da auch der Herr Reichspräsident zugegen war, bot sich mir die willkommene Gelegenheit, wieder einmal dessen Ansichten zu hören über die politische Lage Deutschlands. Im Gegensatz zu früheren Anlässen sprach sich Herr Ebert dieses Mal recht pessimistisch aus und leitete seine Bemerkungen mit der Erklärung ein, daß Deutschland es verlernt habe, auf ein Entgegenkommen von irgendwelcher Seite zu rechnen. "So oft wir uns verleiten ließen, zu erwarten, daß uns eine der bisher feindlichen Regierungen helfen werde, sind wir bitter enttäuscht worden." Insbesondere lehnte es Herr Ebert ab zu glauben, daß England aufrichtig gewillt sei, dem

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundespräsident Motta,

B E R N .



- 2 -

Elende Deutschlands Rechnung zu tragen. Eine Hilfe von dieser Seite sei nur dann und nur insoweit zu erwarten, als die eigensten Interessen Englands eine solche als geboten erscheinen lassen. Herr Ebert verwies mich unter anderem auf die Tatsache, daß in keinem Lande außer in Belgien die diplomatische Vertretung Deutschlands so schlecht behandelt werde wie in England. Frankreich sei in dieser Richtung viel "anständiger". Ich hebe das hier hervor, weil es noch immer Deutsche gibt, die sich in dem naiven Glauben wiegen, England habe sich zu einer wohlwollenden Gesinnung und Politik gegenüber Deutschland bekehrt.

Wir sind uns klar, sagte der Reichspräsident, daß wir das Kreuz allein tragen und den Kelch bis zur Neige leeren müssen. Das werden und können wir auch tun, wenn man uns nicht gewaltsam daran hindert. Als solche Hinderung bezeichnete er vor allem eine allfällige Besetzung des Ruhrgebietes und die Loslösung Oberschlesiens. Daß die Franzosen den dringenden Wunsch haben, so bald als möglich ins Ruhrgebiet einzumarschieren, steht für Ebert fest und er ist überzeugt, daß sie bereit sind, dem englischen Standpunkt jede nötige Konzession zu machen, um die Zustimmung zur Besetzung des Ruhrgebietes zu erwirken. In diesem Sinne wird hier auch das neueste Ergebnis der Londoner Konferenz gedeutet, wobei die Franzosen scheinbar auf der ganzen Linie nachgegeben und vor allem ihre Vorzugsstellung in Griechenland an den englischen Rivalen verloren haben.

- 3 -

Ganz im Sinne der Ansichten des Abgeordneten Schiffer, über welche ich in einem früheren Berichte Mitteilung gemacht habe, ist der Reichspräsident der Ansicht, daß die Besetzung des Ruhrgebietes das größte Unglück wäre, welches Deutschland zur Zeit begegnen könnte, weil dadurch die wirtschaftliche und politische Krisis unmittelbar ausgelöst würde und diese zu einer Katastrophe führen müßte. Wenn nämlich die Besetzung erfolgt, werden die Arbeiter ihre Leistungen wesentlich einschränken, teilweise sogar ganz einstellen und die Folge davon wird sein, daß ganz Deutschland in eine Kohlennot gerät, welche die ganze Industrie stilllegen und den Verkehr einschränken wird. Und wenn auch die Arbeiter noch weiter fördern wollten, unter der Bedingung, daß die Kohle in genügendem Maße nach Deutschland verbracht werde, so würde die Erfüllung dieser Bedingung an dem Widerstande der Besetzungsbehörden scheitern. Aehnlich verheerend für Deutschland werden die politischen Folgen der Besetzung sein. Das Wort, welches Minister Simons in Düsseldorf gesprochen hat, daß die Besetzung als ein "feindseliger Akt" betrachtet würde, war nicht von ungefähr gesprochen. Die deutsche Regierung ist sich in der Tat vollständig klar darüber, daß der Effekt der Besetzung für Deutschland derjenige einer kriegerischen Handlung sein würde. Das deutsche Volk würde sich mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Versailler Vertrag einseitig gebrochen worden sei und deshalb auch deutscherseits nicht mehr gehalten werden müsse. Die Folge davon müßte eine allgemeine

Sabotage aller Handlungen sein, welche auf die Erfüllung des Friedensvertrages hinzielen. Und aus diesem politischen und wirtschaftlichen Chaos, in welches das deutsche Volk gestürzt würde, müßte sich der allgemeine Zerfall ergeben, der naturgemäß nicht an der deutschen Grenze Halt machen würde.

Herr Ebert sagte ausdrücklich, daß er selbstverständlich den Gedanken an einen gewaltsamen Widerstand gegen die Ausführung des Friedensvertrages als widersinnig und unmöglich betrachte und sich darüber ganz klar sei, daß jeder Versuch in dieser Richtung Deutschland dem Abgrund entgegenführe, ^{aber/}so meinte er, das deutsche Volk wird diese Einsicht nicht haben und wird lieber untergehen wollen, als sich weiter jeder Vergewaltigung zu unterwerfen.

Das zweite Damoklesschwert, welches augenblicklich über Deutschland hängt, ist die Lösung der o b e r s c h l e s i - s c h e n F r a g e . Auch der Reichspräsident ist der Meinung, daß die Abstimmung zu Gunsten Deutschlands ausfallen werde, wenn auch nur einigermaßen Schutz geboten werde gegen den polnischen Terror und wenn man nicht durch die Regelung des Wahlverfahrens der Stimmgabe Gewalt antue. Aber er fürchtet, daß selbst eine für Deutschland günstige Abstimmung der Entente nicht genügen würde, um die polnischen Forderungen abzulehnen. Da bekanntlich der Friedensvertrag den Siegern in dieser Richtung freie Hand läßt, ist nach deutscher Auffassung das Schlimmste zu befürchten. Im besten Falle wird man den Preis für eine allfällige Anerkennung des

- 5 -

deutschen Anspruches so hoch stellen, daß Deutschland ihn nicht bezahlen kann. In diesem Sinne wird auch der englische Vorschlag gedeutet, die Frage der Wiedergutmachung n a c h der Abstimmung in Oberschlesien vorzunehmen: Man will sich für den erwarteten Fall des für Deutschland günstigen Ausganges der Abstimmung eine Waffe verschaffen, um die Höchstforderungen für die Wiedergutmachung durchzusetzen.

Obwohl die vorstehenden Erklärungen des Reichspräsidenten nichts enthalten, was ich nicht schon in anderem Zusammenhang berichtet hatte, schien es mir doch wichtig, Ihnen mitzuteilen, daß nun auch die höchste deutsche Stelle so pessimistisch denkt. Der Pessimismus, mit welchem der Reichspräsident die Lage beurteilte, ist mir in der Tat ganz besonders aufgefallen, weil ich Ebert bisher immer als Optimisten kennen gelernt hatte. Ich frug deshalb auch, ob Deutschland wirklich so großes Gewicht darauf lege, die Entscheidung über die Höhe der zu leistenden Entschädigung so rasch als möglich herbeizuführen, worauf er mir antwortete: Wir kommen mehr und mehr zu der Einsicht, daß von einer Verständigung über die Höhe der Wiedergutmachung zur Zeit gar keine Rede sein kann und halten deshalb auch dafür, daß wir aus einer Verschiebung nur Vorteil ziehen könnten, obwohl wir dadurch in die Unmöglichkeit versetzt werden, an die Aufstellung und Durchführung eines Reorganisationsplanes für unsere Volkswirtschaft heranzutreten. Sie ersehen aus dieser Mitteilung, daß der Gedanke Schiffers, von welchem ich Ihnen früher schrieb, inzwischen Fortschritte gemacht hat: Deutschland wird also

nicht d r ä n g e n und es nicht beklagen, wenn die Genfer Konferenz einigermaßen ad calendas graecas verschoben wird. Dagegen wird man nach Brüssel gehen, um zu hören, wie die Sachkundigen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands denken. Dies wird man umso eher tun, als nach dem neuesten Londoner Bericht England den Standpunkt durchgesetzt zu haben scheint, daß die Höhe der Wiedergutmachungssumme zu bemessen sei auf Grund der d e r z e i t i g e n wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Der R e i c h s w i r t s c h a f t s -
m i n i s t e r S c h o l z hat in seiner gestrigen Etatrede im Reichstag den Standpunkt vertreten, daß die Festsetzung der Entschädigung so rasch als möglich erfolgen müsse, aber das beweist nichts gegen die weiter oben wiedergegebene Ansicht, da selbstverständlich die deutsche Regierung n a c h a u ß e n nicht gelten lassen darf, daß sie gegen eine Verschiebung nichts einzuwenden hätte. Ganz besonders verständlich ist übrigens diese Erklärung im Munde des Reichswirtschaftsministers, der sich dadurch ein vorzügliches Argument verschafft, um zu erklären, weshalb die Regierung noch gar nicht in der Lage sei, ein festes Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau aufzustellen.

Ich lege hier einen Ausschnitt aus dem heutigen "Berliner Tageblatt" (No.547 vom 30. November) bei, in welchem Sie den wesentlichen Inhalt der ministeriellen Rede abgedruckt finden. Von Interesse sind namentlich die Angaben über den befriedigenden Stand der K o h l e n f ö r d e r u n g , welche seit Monaten einen

- 7 -

stetigen Fortschritt aufweist und im Oktober dieses Jahres 11,85 Millionen Tonnen erreicht hat gegenüber 16,94^{Mill.} Tonnen, welche im Oktober 1913 gefördert worden sind. Ich verweise auch auf die Ausführungen, nach welchen die A r b e i t s l o s i g k e i t doch etwas im Rückgange ist.

Von besonderem Interesse sind natürlich die Erklärungen, welche Bezug haben auf die künftige Politik des Reiches bezüglich der E i n - u n d A u s f u h r . Ich darf Sie auf den Inhalt der Beilage verweisen und bitte zu beachten, daß der Minister, der bekanntlich der R e c h t e n des Kabinetts angehört, für die Einführung des w i r t s c h a f t l i c h e n D i e n s t - j a h r e s eintritt und diese Forderung unter anderem durch die Worte begründet: "Unserem Volke fehlt die allgemeine Erziehung des alten Heeres zur Arbeit und zur sittlichen Pflicht. Daher ist dieses Problem aufs ernsteste zu erwägen." So würde die allgemeine "wirtschaftliche Dienstpflicht" an die Stelle des Militärdienstes treten und es würde dadurch die Einrichtung der "Einjährigen" vom Militär auf die Volkswirtschaft übertragen. Es bleibt zu gewärtigen, ob die Entente gegebenen Falles nicht auch in einer solchen Organisation eine Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages erblicken wird.

Ernährungsminister H e r m e s hat letzter Tage öffentlich Klage darüber geführt, daß die A b l i e f e r u n g des B r o t g e t r e i d e s in diesem Jahre eine ganz ungenügende sei, obwohl die Ernte zweifellos besser war als diejenige des Vorjahres.

- 8 -

Weitere große Sorge macht dem Minister, wie er mir letzter Tage persönlich sagte, der schädliche Einfluß des trockenen Frostes auf die Wintersaat, die schon ganz bedenklich gelitten habe. Diese Witterung habe auch die Mäuseplage außerordentlich vermehrt, sodaß auch aus diesem Gesichtspunkte ernste Gefahr für die ganze Winterkultur entstehe.

Wie verhängnisvoll der Landarbeitersstreik, der übrigens in Pommern mit einer völligen Unterwerfung der Arbeitnehmer geendet hat, für die Ernährung des Landes ist, mag Ihnen der beiliegende Ausschnitt aus der "Deutschen Tageszeitung" vom 28. November zeigen, worin Sie das Ergebnis einer Studie abgedruckt finden, die Professor Bieler in Stolp gemacht hat, um die Schädigung der Volksernährung durch Landarbeiterstreiks zu ermitteln. Er hat dabei die Verhältnisse auf einem mittleren Gut zugrunde gelegt, das in Hinterpommern liegt und über 1300 Morgen Ackerland und 250 Morgen Wiese und Moor verfügt und dem nach dieser Berechnung in einem Monat ein Ausfall von 107,600 Ltr. Milch, 47 ZentnemFleisch und entsprechenden Mengen Früchten entstanden ist.

Ueber den Stand unserer Verhandlungen betreffend das Kohlenabkommen aus der Zeche Präsident und die Aenderung der Ein- und Ausfuhrverhältnisse im schweizerisch-deutschen Verkehr erstatte ich dem Volkswirtschaftsministerium besonderen Bericht. Immerhin möchte ich in diesem politischen Bericht nicht unerwähnt lassen, daß das Ministerium des Auswärtigen sichtlich bemüht ist, eine Lösung zu finden, welche die

Interessen der Schweiz an der Kohlenlieferung zu Vorzugspreisen möglichst unverletzt lassen soll. Sowohl der Minister als der zuständige Direktor im Auswärtigen Amte haben mir wiederholt die Versicherung gegeben, daß sie tun werden, was in ihrer Macht liege, um zu zeigen, daß die deutsche Regierung ganz besonderen Wert darauf lege, der Schweiz den Beweis ihres guten Willens zu geben.

Es besteht nunmehr begründete Aussicht, hinsichtlich des Kohlenabkommens zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

Nachstehend gebe ich Ihnen noch einen Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissärs vom 28/29. November, welcher die Lebensmittelschwierigkeiten im Rheinland schildert:

"Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind im Regierungsbezirk Düsseldorf in einer für die öffentliche Ruhe und Ordnung bedrohlichen Weise im Steigen begriffen. Die Kartoffelbelieferung, die aus dem Bezirk nur ungenügend entnommen werden kann, ist infolge der Fröste und wegen Wagenmangels ins Stocken geraten. An Graupen, Haferflocken und Teigwaren herrscht starker Mangel, obwohl dem Handel formell die Beschaffung von Hafernährmitteln, Graupen usw. überlassen ist; der Handel ist in Anbetracht der späten Herausgabe dieser Anordnung unter der bisherigen Unsicherheit über die Form der Bewirtschaftung nicht in der Lage gewesen, sich darauf einzurichten. Die ungünstige Lage in der Ernährungsfrage hat in Verbindung mit der auf allen Gebieten eingetretenen Preissteigerung eine starke

Unruhe in die Arbeiterschaft hineingetragen. Dieser unerfreuliche Zustand droht noch schlimmer zu werden durch eine ungenügende Milchversorgung, da Bestrebungen im Gange sind, die Molkereien der Provinz Westfalen, die bisher an Städte des Bezirks Düsseldorf geliefert haben, auf die Versorgung westfälischer Städte umzustellen."

Aus einer Besprechung mit Professor Haguenin, der jetzt Mitglied der "Reparationskommission" ist, notiere ich, daß man in Frankreich sehr beunruhigt sei durch die Ergebnisse der letzten Londoner Konferenz, weil man den Eindruck habe, daß England systematisch Schwierigkeiten heraufbeschwöre, um sich das Zugeständnis eines Defensivbündnisses mit Frankreich gegen Deutschland so teuer als möglich bezahlen zu lassen. In Frankreich stehe man je länger je mehr unter der Furcht vor der Revanche Deutschlands und lasse sich deshalb nur von dem einen Gedanken leiten, ein militärisches Bündnis mit England zu erreichen, durch welches Frankreich unbedingt vor einem deutschen Angriff geschützt werden soll. England sei nicht abgeneigt, ein solches Bündnis einzugehen, wenn der Preis, den ihm Frankreich dafür bezahle, hoch genug sei. Haguenin selbst bedauert diese Lage ganz ungemein, weil er sich sagt, daß Frankreich dadurch die besten Früchte seines Sieges preisgebe, um einem Phantom nachzujagen, das in Wirklichkeit gar nicht bestehe.

- 11 -

Andererseits muß ich darauf hinweisen, daß in Deutschland der Haß gegen Frankreich in den letzten Monaten ungeheure Dimensionen angenommen hat. Ich höre das von Leuten, die das Land vielfach bereisen und finde die Bestätigung dieser Beobachtung in einer Mitteilung, die mir letzter Tage der Reichswehrminister Gessler gemacht hat.

Mittwoch den 1. Dezember.

Gestern abend fand beim Vizekanzler Heinze ein großer Empfang von Ministern, Vertretern der Länder im Reichsrat, Abgeordneten und Vertretern der Finanz statt, zu dem auch ich - wiederum als einziger Diplomat und Nichtdeutscher - geladen war. Bei diesem Anlasse hatte ich Gelegenheit, mit verschiedenen Parteiführern über die allgemeine Lage zu sprechen und möchte aus dem Gehörten heute nur die eine Mitteilung herausheben, daß seit gestern die Hoffnungen auf Erhaltung Oberschlesiens gestiegen sind. Der Reichswirtschaftsminister sagte mir, daß die friedliche Durchdringung Oberschlesiens durch Anlage französischen Geldes in dortigen Grubenunternehmungen immer größere Ausdehnung gewinne und daß darin die beste Gewähr liege gegen eine Ueberlassung des Landes an Polen, weil die Geschäftsleute ganz genau wissen, daß die Ausbeute der Gruben unter polnischer Verwaltung niemals gedeihen könne. Von anderer Seite wurde mitgeteilt, daß ein Vertreter

- 12 -

des "Matin" gestern in Berlin die Nachricht verbreitet habe, daß sich auch in offiziellen französischen Kreisen ein Umschwung vorbereite, weil man auch dort einzusehen beginne, daß Polen nicht im Stande sein würde, eine rationelle Ausbeute der Gruben zu sichern, während doch eine solche Lebensbedingung sei für die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen kontinentalen Industrie. Man ist also in Deutschland wieder etwas zuversichtlicher hinsichtlich des Schicksals von Oberschlesien.

Reichspräsident E b e r t , der auch am Empfang war, sprach mir von der Unmöglichkeit, die neuesten Forderungen der Entente hinsichtlich der Stimmabgabe durch die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten anzunehmen. Nach diesen "Vorschlägen" sollen bekanntlich diese Stimmberechtigten entweder an einem ganz anderen Orte des besetzten Gebietes, z.B. in Cöln, ihr Stimmrecht ausüben oder sie sollen erst einige Wochen n a c h der Hauptabstimmung in Oberschlesien die Stimme abgeben können. Ebert erblickt darin eine flissentliche Beeinträchtigung der deutschen Rechte, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß gerade der Zuzug der Landesangehörigen, die auswärts wohnen, die Wellen der Begeisterung im Lande selbst stark antreibe und so einen belebenden Einfluß auf die ansässige Bevölkerung ausübe. Das wolle durch die neuen Vorschläge verhindert werden und dagegen müsse sich Deutschland wehren.

Der bekannte Abgeordnete H a u s s m a n n aus Württemberg versicherte mich, daß selbst aus den entferntesten Teilen von Deutschland der letzte Stimmberechtigte, der überhaupt

reisen könne, sein Stimmrecht ausüben werde - die Begeisterung sei unter all diesen Leuten sehr groß.

Tatsächlich drehen sich die politischen Gespräche jetzt überall und hauptsächlich um die oberschlesische Frage und ich habe bisher noch nicht eine einzige Stimme gehört, die nicht angenommen hätte, daß das Schicksal Oberschlesiens auch über dasjenige von ganz Deutschland entscheiden werde.

Endlich möchte ich noch bemerken, daß Herr Ebert mir sagte, in Frankreich habe auch die Auffassung über die Politik, die Rußland gegenüber zu befolgen sei, gründlich umgeschlagen. Er schien zu wissen, daß man sich in Paris entschlossen habe, dem englischen und italienischen Standpunkt beizupflichten, nach welchem die Wiederaufrichtung Rußlands durch die Pazifizierung des Landes von innen heraus und nicht durch militärische Maßnahmen herbeigeführt werden müsse. "Der Friede ist der Tod des Bolschewismus", meinte Ebert und sprach dabei die Ueberzeugung aus, daß es ohne übermäßige Schwierigkeiten möglich sein werde, den Umschwung in Rußland von innen heraus zu bewirken. Voraussetzung für jede Aktion dieser Art sei aber, daß man erst wieder in Rußland Fuß fasse und das könne man nur erreichen durch die Anknüpfung von Handelsbeziehungen. Dabei komme es gar nicht darauf an, ob diese Beziehungen fürs erste Gewinn für den Handel bringen können. Haussmann, der diesem Gespräche beiwohnte, fügte bei, daß man in Frankreich auch einzusehen beginne, daß die sog. Korridorpolitik, durch welche ein Damm zwischen Rußland und Deutschland aufgerichtet werden wolle, der Sache der Wiederaufrichtung Rußlands nur Schaden bringen könne.

- 14 -

Der Eindruck, den die Verhandlungen des Völkerbundes in Genf auf die Deutschen machen, ist nicht günstig und hat dazu geführt, daß die Zahl der Freunde eines Beitrittes Deutschlands mehr und mehr zurückgeht. Man hat hier die Auffassung, daß das Ganze nur künstlich zusammengehalten werde und auseinanderfallen werde, sobald einmal eine große Frage dazu führen werde, daß die Gegensätze entscheidend aufeinanderplatzen.

Man findet auch, daß der präponderante Einfluß der Ententemächte jede Möglichkeit ausschließe zu einer Revision des Vertrages zu gelangen. Entscheidend für die Abkehr Deutschlands vom Völkerbund ist einerseits die Haltung der Vereinigten Staaten und andererseits die Erkenntnis, daß ohne die ausdrückliche Zustimmung Frankreichs keine der grundlegenden Bestimmungen des jetzigen Paktes geändert werden könne - auf diese Zustimmung glaubt man aber in absehbarer Zeit nicht rechnen zu können.

Die Tatsache, daß die Schweiz sich gegen den skandinavischen Antrag auf Revision des Paktes ausgesprochen hat, ist hier nicht verstanden worden, obwohl hervorgehoben wurde, daß diese ablehnende Haltung nur durch die opportunistische Erwägung veranlaßt worden sei, daß eine Revision noch verfrüht wäre.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Monta

Beilagen erw.